

*„Aufbruch in der Krise –
Hessen startet ins nächste Jahrzehnt“*

**Regierungserklärung
des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch
zum Beginn der 18. Wahlperiode**

Wiesbaden, 18. Februar 2009

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die vorgezogenen Landtagswahlen am 18. Januar haben ein eindeutiges Ergebnis gebracht. Die „hessischen Verhältnisse“ sind vorbei. Seit zwei Wochen hat Hessen wieder eine Landesregierung, die von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung und damit einer stabilen Mehrheit dieses Hauses getragen wird.

Die Wiedererlangung der vollen politischen Handlungsfähigkeit kommt zu einer Zeit, in der uns die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten und in der gesamten Weltwirtschaft vor beträchtliche Schwierigkeiten stellen. Niemand kann das ganze Ausmaß dieser Krise überblicken. Umso wichtiger ist es für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, dass die politische Nachrichtenlage in Hessen von nun an wieder durch ein nach vorne gerichtetes Handeln und greifbare Ergebnisse bestimmt wird.

Vertrauen. Freiheit. Fortschritt. Unter dieses Motto haben CDU und FDP ihre Koalitionsvereinbarung gestellt. Vertrauen, Freiheit und Fortschritt geben Impulse für den Aufbruch in der Krise, damit Hessen erfolgreich ins nächste Jahrzehnt startet.

Wählerauftrag für eine Politik der Mitte

Der 18. Januar war eine Richtungswahl. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben über den politischen Kurs der kommenden fünf Jahre entschieden. Selten zuvor lagen die Alternativen deutlicher auf dem Tisch: Von CDU und FDP gab es eine klare Koalitionsaussage für ein bürgerliches Bündnis und breite inhaltliche Übereinstimmungen in den meisten Sachfragen. Rot-Grün hatte mit Tolerierung der Linkspartei sogar schon einen fertig ausgehandelten Koalitionsvertrag. Jeder Wähler konnte sich im Vorfeld ein klares Bild davon machen, wohin die Fahrt jeweils gehen würde.

Die Wählerinnen und Wähler haben am 18. Januar ein deutliches Votum für eine Fortsetzung bürgerlicher Politik in Hessen abgegeben. Sie haben sich klar gegen das rot-rot-grüne Experiment entschieden.

Bürgerliche Politik für Hessen bedeutet:

1. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, seine individuellen Freiheiten respektiert und ihn als eigenverantwortlichen Bürger stärkt.
2. Eine Politik, die auf eine Kultur des Miteinanders baut, die allen eine Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe gibt.
3. Eine Politik, die zur Förderung des Wohlstands und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt. Die willensstark und durchsetzungsfähig ist, um bedeutende Infrastrukturprojekte zu verwirklichen. Und der man in Zeiten wie diesen am ehesten zutraut, die anstehenden Probleme zu lösen.

CDU und FDP stellen gemeinsam diese neue Regierung. Wie bereits von 1999 bis 2003. An diese Zusammenarbeit in Zeiten großer Herausforderungen können wir im Jahr 2009 anknüpfen, wenn es darum geht, die Krisen heutiger Zeit zu bewältigen und Hessen als Erfolgsland in ein neues Jahrzehnt zu führen. Anders als damals gibt es jetzt ein solides Fundament, auf das wir aufbauen können.

Die neue Koalitionsregierung aus CDU und FDP verkörpert beides: Die Fortsetzung einer Politik, die Hessen in den vergangenen Jahren auf einen erfolgreichen Kurs gebracht hat – mit klar formulierten Zielen und Verlässlichkeit in der Umsetzung. Zugleich steht diese Regierung auch für Veränderung – für das Lernen aus Fehlern und die Bereitschaft zum Aufbruch.

Mit uns gibt es keine „Tabula rasa“, keinen „Neuanfang bei Null“, erst recht keine illusionären Versprechungen. Aber genauso wenig wird es ein einfaches „Weiter so!“ geben.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise für Hessen

Die globale Wirtschaft steht vor ihrem größten Wachstumseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Grundsolide Unternehmen brechen in nie dagewesenem Ausmaß die Aufträge weg, die Kreditmärkte sind nach wie vor verstopft, viele Unternehmen erzielen Rekordverluste, melden Kurzarbeit an oder stehen gar vor der Insolvenz. Ganzen Branchen droht der Zusammenbruch.

Viele Menschen haben deshalb Angst um ihren Arbeitsplatz. Angst um ihre Altersvorsorge. Angst vor sozialem Abstieg. Sie fürchten sich vor einer ungewissen Zukunft.

Dazu kommt auch Wut: Auf das Versagen und die Gier einiger Weniger, die unter Ausblendung der eingegangenen Risiken horrende Spekulationsgewinne erzielt haben, bis das Kartenhaus in sich zusammenfiel. Die Realwirtschaft wird dabei mehr und mehr in den Strudel hineingezogen.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise – deren Dramatik gerade darin liegt, dass sie alle Regionen der Welt gleichzeitig betrifft – stellt für Hessen eine ernst zu nehmende Bedrohung dar. Weil hessische Unternehmen auf den internationalen Märkten immer schon eine besonders starke Präsenz hatten, reagieren sie besonders empfindlich auf derart massive Wachstumseinbrüche in der Welt. Als führender Finanzplatz auf dem europäischen Kontinent sind wir auch direkter von der Bankenkrise betroffen als Regionen, in denen es keine Hauptsitze bedeutender Banken gibt.

Dies ist der Preis, den wir in schlechten Zeiten für unsere weitreichende Vernetzung zu zahlen haben. Aber diese Vernetzung mit der Welt ist gleichzeitig unsere große Stärke: Wir sind das wohlhabendste Bundesland, mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen aller deutschen Flächenländer.

Die Beschäftigung lag zuletzt auf Rekordniveau: Ende 2008 gab es mehr als 3,1 Millionen Erwerbstätige in Hessen – so viele wie noch nie zuvor in unserer Geschichte. Die Arbeitslosenquote erreichte den niedrigsten Stand seit über 15 Jahren.

Dank unserer zentralen Lage, unserer hervorragenden Infrastruktur und unserer exzellent ausgebildeten Arbeitskräfte sind wir selbst in der Krise noch sehr viel besser aufgestellt als so mancher unserer nationalen und internationalen Wettbewerber.

Der Staat als Krisen-Manager

In Krisenzeiten ist es wichtiger denn je, dass man sich auf solche Stärken besinnt. Dazu gehört auch das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Staates.

In den vergangenen Monaten hat die Hessische Landesregierung bereits mehrfach – ob im Zusammenspiel mit der Bundesregierung, dem Hessischen Landtag oder allein – einen Beitrag zur Stabilisierung der Märkte und den Erhalt hessischer Arbeitsplätze geleistet: Im Zuge der Ausarbeitung des Rettungspakets für die Banken, bei der Erhöhung des Bürgschaftsrahmens auf 500 Millionen Euro für die in Schwierigkeiten geratene Automobilindustrie, oder bei den Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen aus Hessen.

Noch heute werden wir dem Hessischen Landtag einen Gesetzentwurf für die Umsetzung des hessischen Sonderinvestitionsprogramms Schul- und Hochschulbau vorlegen. Man mag über Details der Programme streiten – insgesamt aber sind es sinnvolle Maßnahmen, um die Binnenkonjunktur zu stützen.

Allein das Sonderinvestitionsprogramm Schul- und Hochschulbau löst vorgezogene Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro aus. Viele mittelständische Bau- und Handwerksbetriebe erhalten in der Krise umfangreiche Aufträge. Damit die Auftragsvergabe so schnell wie möglich erfolgt, heben wir die Grenzen für die freihändige Vergabe deutlich an.

Schüler, Lehrer und Studierende erhalten in kürzester Zeit neue Klassen- und Unterrichtsräume, neue Laboratorien und Lehrmaterialien. Nicht die Menge des Betons, der verbaut wird, fällt am Ende ins Gewicht. Sondern die Tatsache, dass junge Menschen leichter und besser lernen können als zuvor.

Das Sonderinvestitionsprogramm senkt die Betriebskosten und den CO₂-Ausstoß unserer öffentlichen Gebäude. Es schont damit dauerhaft den Landeshaushalt und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz. Eine echte Investition in die Zukunft!

Längerfristige Lehren aus der Krise

Natürlich sind die Mittel eines einzelnen Bundeslandes begrenzt. Aber sie sind groß genug, um über einen begrenzten Zeitraum krisengeschüttelten Branchen zu helfen. Solche „Feuerwehreinsätze“ des Staates sind legitim. Sie sind mit den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar. Häufig sind sie auch das letzte Mittel, um die massenhafte Entlassung von Arbeitnehmern abzuwehren.

Sobald die „Feuerwehreinsätze“ jedoch vorüber und die Brände gelöscht sind, werden wir uns sehr intensiv damit zu befassen haben, wie neue Brände zu verhindern sind. Eine solche Krise auf den internationalen Finanzmärkten darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen bessere Richtlinien zur Kreditvergabe, zur Bewertung von Risiken und für mehr Transparenz. Diese Regeln müssen weltweite Gültigkeit haben. Wir als Land Hessen werden in unserem Zuständigkeitsbereich einen Beitrag dazu leisten, dass solche Regeln am Ende auch eingehalten werden.

Für diesen „vorbeugenden Brandschutz“ braucht es funktionierende Feuermelder. Die Hessische Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen vollständig nach Frankfurt umsiedelt und damit auf Deutschlands wichtigstem Finanzplatz umfassend präsent ist. Auch auf europäischer Ebene müssen die Kontrollmechanismen verstärkt werden. Diese Einrichtungen gehören dann ebenfalls in die „Stadt des Euro“, nach Frankfurt am Main.

Wachstumsimpulse für Wirtschaft und Arbeitsplätze

So richtig und alternativlos in diesen außergewöhnlichen Zeiten das entschlossene Handeln des Staates als Krisen-Manager ist, so sehr müssen wir gerade jetzt darauf achten, dass wir die Grundsätze unseres über Jahrzehnte so erfolgreichen wirtschaftlichen Ordnungsrahmens nicht über Bord werfen und denen Wasser auf die Mühlen geben, die schon immer für einen Systemwechsel gekämpft haben.

Wir, CDU und FDP, bekennen uns gerade in diesen Zeiten zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Prinzip des Wettbewerbs im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft. Eine Staatswirtschaft lehnen wir ab. Sie schwächt die Kreativität und den Freiheitsdrang der Menschen. Sie verhindert Wachstums- und Wohlstandsperspektiven.

Nicht der Staat schafft in unserer Wirtschaftsordnung Arbeitsplätze, sondern die Unternehmen. Der Staat hat aber großen Einfluss auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die derzeitige Krise dient uns als Ansporn, durch die Verbesserung solcher Rahmenbedingungen jetzt erst recht Unternehmensgründungen zu erleichtern, ausländische Investoren anzuziehen und vorhandene Unternehmen dauerhaft an diesen Standort zu binden.

Darin liegt ein weites Aufgabenfeld für die kommenden Jahre:

- im weiteren Abbau von Bürokratie,
- in der Beschleunigung von Existenzgründungen,
- im Ausbau von Einrichtungen für Lehre und Forschung und in der Vernetzung von Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft,
- im Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur,
- in der Bereitstellung einer modernen, klimaverantwortlichen und bezahlbaren Energieversorgung,
- und nicht zuletzt in der Realisierung eines „Europa der Bürger“, an dem wir weiter entschlossen mitwirken werden.

Forschungsintensive Unternehmen aus der ganzen Welt kommen zu uns, weil sie hier ein dichtes Netz aus Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen vorfinden – mit gut ausgebildeten Absolventen und einem kurzen Draht zu den neuesten Entwicklungen. Darin liegen unsere Stärken für die Zukunft. An allen hessischen Hochschulen sieht man derzeit Baugruben und Kräne, weil dort im Rahmen des Hochschulbauprogramms HEUREKA für insgesamt 3 Milliarden Euro neue Hörsäle, Bibliotheken und Forschungszentren entstehen.

Allein mit dem Exzellenzprogramm LOEWE wendet die Landesregierung in dieser Legislaturperiode 410 Millionen Euro zur Stärkung der hessischen Forschungslandschaft auf.

Wir werden den Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter stärken. Nach dem „Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie“, dem Gründerzentrum für Satellitennavigation (CESAH) in Darmstadt, dem „Anwendungszentrum Metallformgebung“ in Baunatal und dem „House of Finance“ werden wir nun das „House of Logistics and Mobility“ am Standort Gateway Gardens realisieren. Ebenso unterstützen wir die Gründung eines automobilwissenschaftlichen Zentrums, das sich mit betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aspekten dieser Branchen befasst. So etwas gibt es deutschlandweit in dieser konzentrierten Form bisher nicht.

Hessen lebt von seiner Mobilität. Wir sind die Drehscheibe im europäischen Fernverkehr. Die exzellente Anbindung an das kontinentale Straßen-, Schienen- und Luftverkehrsnetz ist eines unserer wichtigsten Argumente bei der Ansiedlung neuer Unternehmen – und das betrifft alle Branchen.

Oberste Priorität hat darum der inzwischen begonnene Ausbau des Frankfurter Flughafens. Er schafft in wenigen Jahren 40.000 neue Arbeitsplätze, und dies aufgrund privater Investitionen in Höhe von 4 Milliarden Euro.

Die derzeit infolge der Krise stagnierende Nachfrage in der Luftverkehrswirtschaft ändert nichts daran, dass das weltweite Luftverkehrsaufkommen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beträchtliche Wachstumsraten aufweisen wird. Andere Regionen der Welt erweitern gerade deshalb massiv ihre Kapazitäten – denken Sie allein an die gigantische Flughafenerweiterung in Dubai.

Wenn die neue Landebahn 2011 in Betrieb geht, soll Frankfurt am internationalen Wachstum im Luftverkehr teilhaben und seine führende Rolle als Umsteige-Drehkreuz behalten!

Dabei stehen wir zum Ergebnis der Mediation. Bereits in dem Planfeststellungsbeschluss vom Dezember 2007 tragen wir den berechtigten Interessen der Anwohner des Frankfurter Flughafens Rechnung. Wir sind sehr erfreut darüber, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof Möglichkeiten sieht, eine weitere Lärminderung zu erreichen – obwohl gleichzeitig Skepsis angebracht ist, da diese Auffassung früheren Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts bei anderen Flughäfen diametral entgegensteht.

Sollte das Bundesverwaltungsgericht nun – entgegen diesen früheren Beschlüssen – Möglichkeiten für eine weitere Einschränkung von Nachtflügen sehen, werden wir diese Chance im Interesse der Menschen in dieser Region nutzen.

Wir, die Koalition aus CDU und FDP, stellen ebenfalls sicher, dass der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden zu einem Regionalflughafen wie geplant stattfindet. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass sich die außerordentlich erfolgreiche Entwicklung fortsetzt, die die nordhessische Region seit einem Jahrzehnt durchläuft.

Dabei begrüßen wir, dass bei beiden Flughafeninvestitionen die Grundsätze einer nachhaltigen Umweltpolitik Berücksichtigung finden sollen. Das Terminal 3 am Frankfurter Flughafen soll als Öko-Terminal ausgestaltet werden. Kassel-Calden soll als Flughafen-Neubau in seiner Gesamtheit modernen Umweltstandards entsprechen.

Wir werden den Aus- und Weiterbau von Autobahnen wie der A44 und der A49, dem Riederwaldtunnel und der B87n (Fulda-Meiningen) entschlossen vorantreiben.

Zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur werden wir die Mittel für den Landesstraßenbau von einem ohnehin bereits hohen Niveau auf insgesamt 1 Milliarde Euro in dieser Legislaturperiode erhöhen.

Mit „Staufreies Hessen 2015“ sorgen wir für die intelligente Auslastung vorhandener Straßenkapazitäten. In nur vier Jahren ist es uns durch Maßnahmen wie die temporäre Seitenstreifenfreigabe oder ein flexibles Baustellenmanagement bereits gelungen, die Dauer von Staus auf hessischen Autobahnen um 70 Prozent zu verringern.

Wir werden auch dem wachsenden Mobilitätsbedürfnis der Bürger sowohl im Öffentlichen Personennahverkehr als auch im Regional- und Fernverkehr auf der Schiene nachkommen. Neben neuen Regionalverbindungen werden wir uns insbesondere für einen ICE-Halt in Darmstadt im Verlauf der Strecke Frankfurt-Mannheim einsetzen. Deutschlands wichtigsten Schienenknoten, den Frankfurter Hauptbahnhof, werden wir durch die beschleunigte Umsetzung des Konzepts Frankfurt/Rhein-Main Plus noch leistungsfähiger gestalten.

Im Interesse von hunderttausenden Pendlern ist es dringend notwendig, dass das S-Bahn-Netz im Rhein-Main-Gebiet in den kommenden Jahren an Engstellen ausgebaut und um neue Strecken erweitert wird. Dies gilt unter anderem für den Ausbau der Strecke Frankfurt-Friedberg sowie den Neubau einer nordmainischen Verbindung zwischen Frankfurt und Hanau. Eine Regionaltangente West soll weitere Teile der Region direkt an den Frankfurter Flughafen anschließen. Am Terminal 3 und am Standort Gateway Gardens sollen neue S-Bahnhöfe entstehen. Sämtliche hierzu erforderlichen Planungen werden wir in Angriff nehmen und entschlossen vorantreiben.

Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass der deutsche Finanz- und Bankenplatz Frankfurt am Main weiter gestärkt und seine Zukunftsfähigkeit langfristig gesichert wird.

Die Landesbank Hessen-Thüringen hat im Vergleich zu anderen deutschen Landesbanken in dieser schweren Krise ein beachtliches Ergebnis erzielt. Die besondere Stärke der Helaba ist zurückzuführen auf ihr solides, in sich schlüssiges Geschäftsmodell. Die Landesregierung ist daran interessiert, gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband die Helaba dabei unterstützen, eine aktive Rolle bei der Neuordnung der Landesbanken-Struktur in Deutschland zu spielen.

CDU und FDP wollen leistungsfähige Sparkassen – im Interesse ihrer Kunden und zur dauerhaften Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Dazu setzen wir uns, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, für eine Optimierung der Sparkassenlandschaft ein und erwarten dabei die Mitwirkung der Sparkassenorganisation.

Die Wirtschaftsförderung in Hessen werden wir insbesondere dadurch stärken, dass wir die Investitionsbank Hessen mit der LTH-Bank zusammenführen – und dadurch effiziente und leistungsfähige Strukturen schaffen.

CDU und FDP werden Hessen als Tourismusstandort weiter ausbauen und die Vermarktung der hessischen Regionen verbessern.

Dazu brauchen wir markante Punkte auf der Landkarte; Bilder, die sich einprägen; und Namen, die im Gedächtnis bleiben. Die Kasseler Museumslandschaft ist ein solcher Punkt auf der Landkarte – ihren Umbau im Gesamtvolumen von 200 Millionen Euro treiben wir entschlossen voran.

Die Brüder Grimm sind als Name weithin ein Begriff. Die sich daraus ergebenden touristischen Möglichkeiten sind aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Beispiele wie der Nationalpark Kellerwald, das Biosphärenreservat Rhön oder der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald zeigen die Vielfalt unserer hessischen Natur.

Solche Trümpfe werden wir ausspielen. Dazu zählt auch, dass wir Investitionsprojekte wie das Ferienresort Beberbeck intensiv unterstützen.

Unser reichhaltiges Kulturangebot ist ein wichtiger Grund für die hohe Lebensqualität in Hessen. Dieses wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Dazu ist es erforderlich, dass Frankfurt und die Region Rhein-Main zu einem finanziellen Lastenausgleich gelangen, mit dem das Kulturangebot der Region insgesamt gestärkt wird. Wir werden deshalb die Arbeit des Kulturfonds Frankfurt/RheinMain fortsetzen und wollen weitere Akteure für einen Beitritt gewinnen.

Auch die Errichtung einer eigenen Konzerthalle für das weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannte Rheingau-Musik-Festival wird von dieser Landesregierung befürwortet. Mit der finanziellen Beteiligung der Stadt Eltville und des Rheingau-Taunus-Kreises werden wir den Bau der Halle unterstützen.

Meine Damen und Herren, mehr denn je sind wir gefordert, auf allen politischen Ebenen die Nachhaltigkeit stärker zur Richtschnur unseres Handelns zu machen. Das gilt für die Wirtschaftspolitik ebenso wie für die Haushalts- und Finanzpolitik. Insbesondere aber für die Umwelt- und Energiepolitik.

Die Bewahrung der Schöpfung ist eine Kernfrage von Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Nur ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Hessen wird in der Lage sein, sich erfolgreich den Herausforderungen der demographischen Entwicklung, des Klimawandels und der Verknappung der Rohstoffe zu stellen.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir deshalb einen breiten gesellschaftlichen Dialog gestartet, um eine Nachhaltigkeitsstrategie für unser Land auszuarbeiten. Die von der Nachhaltigkeitskonferenz beschlossenen Maßnahmen und Projekte werden zu bemerkenswerten Veränderungen in Bereichen wie Energiemanagement, Landschaftsverbrauch und entsprechendem bürgerschaftlichem Engagement führen. Alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen sind eingeladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen und Anregungen einzubringen.

In der Energiepolitik wird die Hessische Landesregierung mit dieser Legislaturperiode eine strategische Neuausrichtung vornehmen. Sämtliche energiepolitisch relevanten Bereiche werden in einem einzigen Ministerium gebündelt, das diese Zuständigkeit auch in seinem Namen trägt.

Moderne Technologien, ein schonender Umgang mit Ressourcen und ein ausgewogener Energiemix stehen im Mittelpunkt unserer Anstrengungen, um ambitionierte Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele zu erreichen.

Wir werden das Programm „Energie 2020“ erstellen, in dem ausführlich dargelegt wird, welche konkreten Beiträge zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung Erneuerbarer Energien realisierbar sind. Das Programm soll detailliert Auskunft geben über die Kosten und den jeweiligen Zeitrahmen solcher Maßnahmen.

Wir werden die Erneuerbaren Energien in Hessen deutlich ausbauen – mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 insgesamt 20 Prozent am Endenergieverbrauch durch Erneuerbare Energien zu decken.

Wesentlicher Baustein einer nachhaltigen Energiepolitik ist jedoch zunächst, den Energieverbrauch selbst zu minimieren – das heißt, die großen Potenziale, die in der Einsparung von Energie stecken, zu nutzen: Durch Wärmedämmung und den Ausbau dezentraler Kraft-Wärmekopplung leisten wir einen Beitrag zu mehr Energieeffizienz.

Darüber hinaus haben CDU und FDP vereinbart, „Modellregionen für Erneuerbare Energien und Klimaschutz“ einzurichten, in denen unterschiedlichste Konzepte zur Energieerzeugung und -einsparung in der Praxis erprobt werden sollen – zum Beispiel Nahwärmenetze. So ist auch denkbar, dass verschiedene Kommunen in einer solchen Modellregion gemeinsam einen Solarpark oder ein Blockheizkraftwerk errichten.

Im Rahmen unserer Forschungsförderung tragen wir dazu bei, dass sich das führende Know-how hessischer Wissenschaftseinrichtungen auf dem Gebiet der Solarenergie, der Brennstoffzellen-Technologie und der nachwachsenden Rohstoffe stetig erweitert. Um die konkreten Folgen des Klimawandels für Hessen besser einschätzen und darauf reagieren zu können, werden wir das Fachzentrum Klimawandel weiter ausbauen. Das Kompetenzzentrum HessenRohstoffe werden wir als die zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für die energetische und stoffliche Nutzung von Biomasse deutlich stärken.

Wir halten am Ziel einer CO₂-neutralen Landesverwaltung durch Einsatz von Ökostrom und Steigerung der Energieeffizienz in den Liegenschaften des Landes fest. Wir wollen damit das Unsrige für eine umweltschonende Politik beitragen.

Ich sage allerdings auch in aller Deutlichkeit: Als bevölkerungsreicher Industriestandort in der Mitte Europas sind wir weiterhin auf eine gesicherte Stromversorgung angewiesen. Trotz aller notwendigen Anstrengungen ist es schlichtweg unrealistisch, den Energieverbrauch innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre – wie von Rot-Grün beabsichtigt – vollständig auf Erneuerbare Energien umzustellen.

Deshalb bleiben Kohle, Gas und Kernenergie auf absehbare Zeit unverzichtbar.

Kultur der Freiheit

Vertrauen. Freiheit. Fortschritt. Dieser Dreiklang nennt die Impulse, mit denen Hessen auch in Zukunft ein modernes und wohlhabendes Land sein wird. Ein Land, in dem die Bürgerinnen und Bürger große Freiheiten genießen, in dem die Menschen aber auch füreinander einstehen und gemeinsam die Probleme anpacken.

Durch Vertrauen, Freiheit und Fortschritt kann Hessen auch in Zukunft ein Land sein, das eine hohe Lebensqualität und eine saubere Umwelt hat. In diesem Land werden kommende Generationen gerne wohnen und arbeiten. Es wird an der Spitze der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung stehen. Und jeder erhält seine Chance, an dieser Entwicklung teilzunehmen.

CDU und FDP sind nicht angetreten, um die Gesellschaft nach einem vorgemeißelten Ideal zu formen. Darin sehen wir keine Aufgabe von Politik. In unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht das eigenverantwortliche Handeln jedes Einzelnen im Mittelpunkt.

Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen zu setzen, innerhalb dessen sich jeder frei entscheiden und entfalten kann. Die kreative Vielfalt der Menschen trägt zum Gelingen und Erfolg eines Landes bei, nicht die Zwangsbeglückung durch staatliche Vorgaben.

Wir wollen jede Bürgerin und jeden Bürger in die Lage versetzen, ihr oder sein Leben nach eigenem Wunsch zu gestalten. Unsere Aufgabe als Regierung liegt darin, den Menschen das nötige Rüstzeug an die Hand zu geben, damit sie diese Freiheit ausfüllen können.

Am deutlichsten wird dies an unserer Schulpolitik. CDU und FDP schaffen die Selbständige Schule! Bereits die Entscheidung darüber, ob eine Schule in die weitgehende Selbständigkeit entlassen werden möchte, ist ein Akt der freien Entscheidung von Schule und Schulträger.

Selbständige Schulen erhalten Personalverantwortung und Budgethoheit. Sie können von ihrem Budget nach eigenem Ermessen Lehrer, Verwaltungspersonal, Schulpsychologen oder Sozialpädagogen je nach Bedarf einstellen. Der Schuldirektor erhält die Autorität, im Namen seiner Schule einen Scheck auszustellen oder Rechnungen zu bezahlen – ohne zuvor den Genehmigungsstempel der Ministerialbürokratie einholen zu müssen.

Mit der Selbständigen Schule wird eine neue Kultur der Eigenverantwortung und des Aufbruchs an den hessischen Schulen einkehren: Viele Dinge werden sich direkt zwischen Schulleitung, Lehrern, Eltern und Schülern regeln lassen. Viel schneller und besser, als wir es von der Landeshauptstadt aus jemals könnten.

Die Wahlfreiheit der Kooperativen Gesamtschulen, ob sie die verkürzte Gymnasialzeit (G8) einführen oder nicht, bleibt bestehen. Die im vergangenen Jahr eingeleitete Überarbeitung, die von einer breiten Mehrheit im Landtag unterstützt wurde, setzen wir im Konsens mit allen Beteiligten fort. Für G8 wird es klare Bildungsstandards geben.

Wir schaffen 2.500 zusätzliche Lehrerstellen. Die Schulen erhalten eine Zuweisung von Lehrerstellen im Umfang von durchschnittlich 105 Prozent, davon 20 Prozent als Geldmittel zur freien Verfügung.

Für alle Eingangsklassen an Grundschulen und weiterführenden Schulen werden die Klassengrößen bereits ab dem kommenden Schuljahresbeginn reduziert. CDU und FDP haben in ihrer Koalitionsvereinbarung genaue Zahlen für die künftigen Klassengrößen festgelegt.

Auch bei sinkenden Schülerzahlen infolge des demographischen Wandels werden wir sämtliche Lehrerstellen in vollem Umfang beibehalten. Das heißt: Die Klassengrößen verringern sich weiter; die individuelle Betreuung der Schüler durch ihre Lehrer verbessert sich.

Wir werden dazu auch die Ausgaben für Lernmittel um 40 Prozent auf 200 Millionen Euro in dieser Legislaturperiode erhöhen. Damit erreichen wir, dass Schulbücher und Lehrmaterialien im Durchschnitt alle 5 Jahre aktualisiert werden.

CDU und FDP sorgen dafür, dass alle die gleichen Chancen auf Bildung haben. Jeder, der hinreichend talentiert ist, soll die Möglichkeit zu einem Hochschulabschluss erhalten. Aber wir zwingen niemanden dazu: Wer nicht nach einer Laufbahn als Akademiker strebt, sondern über andere Interessen und Befähigungen verfügt, soll darin bestärkt werden.

Wir halten an einem vielgliedrigen, durchlässigen Schulsystem fest. Jeder in Hessen gemachte Schulabschluss soll junge Menschen dazu befähigen, eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu finden. Die Vielfalt der Talente ist die Stärke unseres Landes. Deshalb wird es mit CDU und FDP – erst recht im Bildungswesen – keine Gleichmacherei geben.

Den Haupt- und Realschulen stellen wir frei, ob sie in der 5. Klasse gemeinsame oder getrennte Eingänge haben. Für uns ist nur entscheidend, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende einen Abschluss nach landesweit einheitlichen und vergleichbaren Kriterien erreichen.

Die Hessische Landesregierung wird die Ganztagsbetreuung an Schulen flächendeckend ausbauen. Alle Schulen erhalten von uns ein Angebot. Sie können dann selbst entscheiden, ob sie sich in gebundener, teilgebundener oder offener Form an der Ganztagsbetreuung beteiligen möchten.

Bereits im Kindergarten verschaffen wir uns ein Bild von den sprachlichen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder. Werden Defizite festgestellt, erhalten sie individuelle Förderung. Den Bildungs- und Erziehungsplan von 0 bis 10 Jahren setzen wir flächendeckend um.

Wir werden das letzte Kindergartenjahr zu einem speziellen Schulvorbereitungsjahr, der sogenannten Kinderschule, entwickeln, um so die Startchancen aller Kinder zu Beginn der Grundschulzeit deutlich zu verbessern. Ziel ist es, dass alle Kinder spätestens nach dem ersten Grundschuljahr über ein bestimmtes Maß an Fähigkeiten verfügen, um dem Unterricht sowohl von ihrem Wissen als auch von ihren sozialen und sprachlichen Kompetenzen her sicher folgen zu können.

Schon vor Eintritt in das letzte Kindergartenjahr schaffen wir eine erweiterte Schuleingangsprüfung, auf deren Basis individuelle Förderprogramme entwickelt und den Kindergärten angeboten werden. Standards und Ziele des Schulvorbereitungsjahres wird die Hessische Landesregierung im Sinne des Konnexitätsprinzips gemeinsam mit den Trägern der hessischen Kindergärten entwickeln. Vorlaufkurse und andere bestehende vorschulische Projekte werden hierbei in das zu entwickelnde Konzept integriert.

Vor Eintritt in die Grundschule werden wir im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung überprüfen, ob die für das Schulvorbereitungsjahr wesentlichen Förderziele erreicht wurden. Diejenigen Kinder, die diese Ziele nicht erreichen, erhalten während des ersten Grundschuljahres weiteren Förderunterricht.

Damit werden Kinder, die am Schulvorbereitungsjahr nicht teilnehmen, weil sie keinen Kindergarten besuchen – in Hessen sind dies etwa 6 Prozent aller Kinder –, ebenfalls in die Förderung einbezogen. Wir schaffen somit optimale Voraussetzungen, um bei Schulstart für alle Kinder gleiche Ausgangsbedingungen zu gewährleisten.

Optimale Startbedingungen für alle – das ist unsere Vorstellung von Chancengerechtigkeit!

CDU und FDP stellen die Weichen dafür, dass Eltern und Kinder in unserer Gesellschaft mehr Wertschätzung erfahren. Wir werden eine Bundratsinitiative unter dem Titel „Kinderlachen ist Zukunftsmusik“ starten, um die rechtlichen Rahmenbedingungen abzusichern, damit Kinder in der Öffentlichkeit nicht als Belästigung empfunden werden. Es kann nicht sein, dass Spielplätze an Lärmschutzauflagen scheitern.

Mit der Einführung einer „Hessischen Familienkarte“ nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte wollen wir in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Kommunen eine Vielzahl von Vergünstigungen speziell für Familien ermöglichen.

Wir werden darüber hinaus ein Hessisches Kinderförderungsgesetz vorlegen, um sämtliche Maßnahmen und Fördermöglichkeiten für Kinder in Tagesstätten und in der Tagespflege zu bündeln.

Erfüllung von Kinderwunsch und Ausübung von Beruf dürfen einander nicht mehr im Weg stehen. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie baut die Hessische Landesregierung Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren weiter entschlossen aus. Durch Einführung eines Bonussystems werden wir deutlich vor Ablauf der Frist im Jahr 2013 – und damit früher als andere Länder – den vom Bund vorgeschriebenen Betreuungsgrad von 35 Prozent erfüllt haben.

Auch im Bereich von Familie und Kinderbetreuung gilt für CDU und FDP der Grundsatz: Die Freiheit des Bürgers steht an erster Stelle! Wir geben den Eltern die Wahlfreiheit. Dazu werden wir die Einführung von Betreuungsgutscheinen erproben, mit denen die Eltern selbst entscheiden können, in welcher Einrichtung sie ihr Kind betreuen lassen.

CDU und FDP treten entschlossen für den Schutz individueller Freiheiten sowie den Schutz der Privatsphäre ein. Der Eingriff in solche Rechte darf nur in besonderen Fällen und unter strengsten gesetzlichen Auflagen erfolgen. Dabei ist es eine ständige Herausforderung, die richtige Balance zwischen den individuellen Freiheitsrechten und dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu finden.

CDU und FDP treten für einen starken Rechtsstaat ein, der zum Schutz vor Kriminalität und Terrorismus über eine modern ausgestattete Polizei und eine leistungsfähige Justiz verfügt.

Wir werden noch in diesem Jahr 550 neue Polizeianwärter einstellen und während der gesamten Legislaturperiode durch unsere Einstellungspolitik dafür sorgen, dass das hohe Stellenniveau bei der Polizei aufrechterhalten wird. Noch im Jahr 2009 werden wir zusätzlich 150 Stellen für Wachpolizisten und 200 Angestelltenstellen schaffen. Die technische Ausstattung unserer Polizei wird weiterhin auf dem modernsten Stand in Deutschland gehalten.

CDU und FDP werden die hessische Polizei mit modernen Mitteln zur Verbrechensbekämpfung ausstatten. Dazu gehören das Register für Sexualstraftäter, die Nutzung von Mautdaten in Fällen besonders schwerer Straftaten, die „Schleierfahndung“, sowie eine entschlossene Bekämpfung der Internetkriminalität. Wir werden sicherstellen, dass die bislang bereits unter ganz engen Voraussetzungen zulässigen Kommunikationsüberwachungen auch im Zeitalter des Internets gewährleistet bleiben. Soweit Kommunikationsmedien auch Informationen enthalten, die nicht der Kommunikation dienen, bleibt deren Überwachung oder Ausforschung ausgeschlossen.

Wir haben in Hessen schon bisher enorme Anstrengungen unternommen, um Kriminalität und insbesondere Gewaltkriminalität zu verhindern. Wir setzen dabei auf den Dreiklang von Prävention, konsequenter Strafverfolgung und Opferschutz.

Vorrang hat dabei die Prävention. Ziel aller Bemühungen muss sein, dass es erst gar nicht zu einer Straftat kommt, denn jede Straftat, jedes Opfer ist eines zu viel. Im Bereich der Prävention sind wir im bundesweiten Vergleich hervorragend aufgestellt. Zahlreiche Präventionsprojekte in den Regionen und unter dem Dach des „Netzwerk gegen Gewalt“ belegen dies.

Die Hessische Polizei setzt derzeit eine Präventionsoffensive um, bei der unter anderem das „Netzwerk gegen Gewalt“ regionale Geschäftsstellen erhält und ein Präventionsatlas online zur Verfügung gestellt wird. Diese Netzwerker werden bei Kommunen und Landkreisen dafür werben, das Zivilcourage-Programm

„Gewalt-Sehen-Helfen“ einzuführen. Wir wollen näher an den Menschen sein und ein „Netz der Aktiven“ knüpfen, bei dem auch ehrenamtliches Engagement stärker genutzt wird.

Die bereits begonnene Einrichtung von Häusern des Jugendrechts in Frankfurt-Höchst und Wiesbaden werden wir mit den kommunal Verantwortlichen konsequent fortsetzen, so dass beide Einrichtungen spätestens im Jahr 2010 ihre Arbeit aufnehmen können. Aufgrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse werden wir im Jahr 2012 über die Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts entscheiden.

Wir werden außerdem eine „Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen“ in Frankfurt einrichten, um Unregelmäßigkeiten beim Börsenhandel, Korruption und Geldwäsche zur Strafe zu bringen und Investoren besser zu schützen.

Der Verfassungsschutz stellt für die Hessische Landesregierung einen wesentlichen Baustein unserer Sicherheitsarchitektur dar. Er ist ein unverzichtbares Frühwarnsystem unserer Demokratie. Seine Tätigkeit trägt gerade im Zusammenwirken mit der Polizei wesentlich zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bei. Dies hat sich beispielhaft an dem verhinderten Terroranschlag der „Sauerland-Gruppe“ im Jahr 2007 gezeigt.

Wir werden die operative Leistungsfähigkeit des Verfassungsschutzes weiter erhöhen und dazu das Landesamt für Verfassungsschutz in den kommenden Jahren bedarfsgerecht personell und organisatorisch verstärken.

Kultur des Miteinanders

Grundsätzlich gilt: Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif. Freiheit ist immer auch verbunden mit der Übernahme von Verantwortung für sich und andere. Eine moralische Verantwortung; gegenüber der Gesellschaft, künftigen Generationen, der Umwelt – und auch vor Gott.

Wir, die Koalitionspartner aus CDU und FDP sind der Auffassung, dass Freiheit erst dann ihren vollen Wert entfaltet, wenn sie mit Verantwortung und in Solidarität gegenüber dem Gemeinwesen ausgeübt wird. Gerade diese Solidarität ist es, die die Stärke und Überlebensfähigkeit einer Gesellschaft in Krisenzeiten ausmacht.

Wir Hessen können stolz darauf sein, dass es in unserem Land eine lebendige Kultur des Miteinanders gibt. Dass es Millionen Menschen unter uns gibt, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich engagieren: in sozialen Einrichtungen und Verbänden, in den Freiwilligen Feuerwehren, im Katastrophenschutz, in der Kirchengemeinde, im Musik- oder im Sportverein. Hessen ist neben Baden-Württemberg das Land, in dem sich prozentual die meisten Menschen ehrenamtlich betätigen.

Die Hessische Landesregierung wird das Bürgerschaftliche Engagement in Anerkennung seiner herausragenden Leistungen für die Gesellschaft weiter nachhaltig fördern und unterstützen. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel in unserer Gesellschaft ist es unausweichlich, dass Menschen einander aus Freundschaft, Solidarität und Nächstenliebe helfen – und nicht ausschließlich, weil sie dafür bezahlt werden.

Diese Kultur des Miteinanders gilt es in allen Bereichen unserer Gesellschaft weiter zu stärken – etwa bei der Jugend- und Seniorenpolitik oder bei der Integration, im freundschaftlichen Umgang mit Menschen anderer Kulturen und Religionen.

Die Geschichte Hessens seit seiner Neugründung 1945 ist reich an Beispielen, bei denen Menschen unterschiedlichster Herkunft dieses Land mitgestaltet und auf ihre Weise bereichert haben. Allein die großartige Aufbauleistung nach dem Krieg wäre undenkbar gewesen ohne das Engagement und das Anpacken von Hunderttausenden Vertriebenen, die in Hessen eine neue Heimat gefunden haben.

Die sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Vertriebenenverbänden und der Hessischen Landesregierung werden wir auch in Zukunft fortsetzen und erneut einen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler benennen.

Zuwanderung stellt eine Bereicherung für unser Land dar, ist aber immer zugleich auch eine große Herausforderung. Dass wir bei der Integration von Ausländern in Hessen sehr erfolgreich sind, haben uns erst kürzlich wieder unabhängige Sachverständige bestätigt. In der Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung schnitt Hessen als bestes deutsches Flächenland ab. Darauf sind wir stolz!

Die umfangreiche Aufgabe der Integration ist in Hessen nun erstmals innerhalb der Landesverwaltung auf ein einziges Fachressort konzentriert – auch dies taucht namentlich in der Ressortbezeichnung auf. Mit dieser Bündelung von Kompetenzen wird die Hessische Landesregierung ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Integration weiter verstärken. Darum werden wir im Spätsommer 2009 auch erstmals zu einer Integrationskonferenz einladen.

Ein wesentlicher Schlüssel für eine erfolgreiche Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. In der Vermittlung von Deutschkenntnissen, insbesondere vor Eintritt in die Grundschule, liegt deshalb auch weiterhin ein großer Schwerpunkt unserer Integrationspolitik.

Wir werden uns außerdem erneut darum bemühen, mit legitimierten Ansprechpartnern eine Vereinbarung zur Erteilung islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache zu erreichen. Sodann müssen wir entscheiden, ob die Rahmenbedingungen für einen verfassungsgemäßen bekenntnisorientierten Religionsunterricht vorliegen oder wir eine verbindliche religionskundliche Unterweisung anbieten werden.

Die Hessische Landesregierung wird an dem im vergangenen Jahr von ihr eingeführten Prinzip festhalten, zentrale Herausforderungen, die eine herausgehobene gesellschaftliche Bedeutung haben, überparteilich und mit Experten zu diskutieren und einer konkreten Lösung zuzuführen.

Zu diesen Projekten gehören die Arbeiten der Expertenkommission zur Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs. Ihre Ergebnisse werden wir zur Grundlage unserer Gespräche mit den Kommunen machen.

Den in der vergangenen Legislaturperiode in Gang gesetzten Dialog über die Schaffung eines „Hauses der Geschichte“ werden wir fortsetzen und zügig zu einer Entscheidung führen.

Die hessische Landesregierung wird den Weg der Modernisierung des Dienstrechts konsequent weiterverfolgen. Dies gilt sowohl für das Recht der Beamtinnen und Beamten wie auch für das Tarifrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Föderalismusreform, die unsere Gesetzgebungskompetenzen auf das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht der Beamtinnen und Beamten ausgeweitet hat, ermöglicht es uns, durch die Stärkung des Leistungsprinzips und die Förderung der Flexibilität und Mobilität, aber auch durch eine Verbesserung der Familienfreundlichkeit der Arbeitsbedingungen, den öffentlichen Dienst auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Voraussichtlich Mitte des Jahres wird die Mediatorengruppe einen Bericht vorlegen. Die daraus zu ziehenden gesetzgeberischen Konsequenzen werden wir im Dialog mit den Fraktionen sowie den beteiligten Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf eine möglichst breite Grundlage des Konsenses stellen.

Entsprechendes gilt für das Tarifrecht, das wir nach dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder selbständig und eigenverantwortlich mit den Gewerkschaften verhandeln können. Dass wir hier mit den Gewerkschaften konstruktiv und zielorientiert verhandeln, haben wir bereits mehrfach unter Beweis gestellt, so im Tarifvertrag mit der Ärztegewerkschaft Marburger Bund aus dem Jahr 2006 – ohne dass es wie in vergleichbaren Fällen anderer Länder zu Streikmaßnahmen gekommen ist.

Ziel der Landesregierung in den laufenden Tarifverhandlungen ist es, zu sachgerechten tarifvertraglichen Lösungen zu gelangen, die mit den finanziellen Ressourcen des Landes vereinbar sind und zugleich den Interessen der Beschäftigten Rechnung tragen. Neben der reinen Einkommenserhöhung spielen für uns auch weiterhin andere Aspekte eine wichtige Rolle, zum Beispiel die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechtere Bezahlung.

Die Landesregierung wird die Neue Verwaltungssteuerung (NVS) gemeinsam mit dem Parlament zielgerichtet zu einem effizienten Steuerungs- und Controllinginstrument weiterentwickeln. Bundesweit sind wir mit der Umstellung des kameralen auf das doppische Rechnungswesen führend. In Zukunft wird es notwendig sein, Anpassungen und Vereinfachungen im System vorzunehmen und insbesondere das Controlling zu einem modernen Führungsinstrument weiter zu entwickeln, um die Nutzerfreundlichkeit für alle Ebenen zu erreichen.

Das Ziel der NVS bleibt unverändert: Stärkung des eigenverantwortlichen Handelns sowie des unternehmerischen Denkens auf allen Ebenen der Verwaltung. Für maßgeblich erachten wir deshalb auch die Erstellung einer Landesbilanz zur Herstellung eines nach kaufmännischen Gesichtspunkten transparenten Ausweises der Vermögenslage des Landes Hessen.

Haushalt – in schwierigen Zeiten sich der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft stellen!

Die Dynamik des wirtschaftlichen Abschwungs ist uns mit den Meldungen der letzten Tage überdeutlich vor Augen geführt worden:

- Eine um 10 Prozent eingebrochene Industrieproduktion in den letzten zwölf Monaten;
- Auftragsrückgänge in der Industrie um mehr als 25 Prozent im Jahresvergleich – in einigen Branchen sogar bis zu 50 Prozent;
- der Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 2,1 Prozent allein im 4. Quartal 2008 im Vergleich zum Vorquartal;
- ein erwarteter Einbruch der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2009 um mindestens 4 Prozent im Vergleich zum 1. Quartal 2008;
- und – trotz einer hoffentlich in der zweiten Jahreshälfte einsetzenden Erholung – ein Minus beim Bruttoinlandsprodukt von mindestens 2,5 Prozent im Jahr 2009.

Jedem von uns ist klar, dass in Anbetracht dieser Zahlen die mittelfristige Finanzplanung aller Haushalte in Bund und Ländern schlagartig über den Haufen geworfen ist.

Einerseits sind wegbrechende Steuereinnahmen in beträchtlichem Ausmaß absehbar, die Hessen als einziges Bundesland bereits im letzten Jahr getroffen haben – auch hierin spiegelt sich die besonders intensive Vernetzung unseres internationalen Standorts mit seinen Banken und Versicherungen wider.

Zusätzlich zu den konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen, die sich für die Jahre 2009 und 2010 – vorbehaltlich einer noch schlechteren Steuerschätzung im Mai – auf mehr als 1 Milliarde Euro gegenüber der Steuerschätzung von Mai 2008 belaufen werden, unterliegt der Landeshaushalt weiteren Belastungen: durch geringere Einnahmen infolge der Konjunkturpakete I und II, durch die Folgen des Urteils zur Pendlerpauschale, sowie durch das Urteil zur steuerlichen Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge ab 2010.

Andererseits ergeben sich zusätzliche Ausgaben, nicht zuletzt zur Milderung des Abschwungs und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze in Form der Konjunkturpakete und des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms – Maßnahmen, die parteiübergreifend auf Zustimmung in diesem Hause gestoßen sind.

Dies zusammengenommen führt dazu, dass ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2011 nicht mehr möglich ist.

Ungeachtet dieser, durch die weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst und unvorhersehbaren Belastungen für den hessischen Landeshaushalt, haben CDU und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung grundsätzliche Weichenstellungen für die Haushalts- und Finanzpolitik der kommenden Jahre verabredet. Es geht um nichts anderes als einen Paradigmenwechsel in den nächsten fünf Jahren.

Die außergewöhnlichen Defizite der kommenden Jahre ändern nichts an unserem Ziel, die Neuverschuldung so schnell wie möglich zu beenden. Dabei steht völlig außer Frage, dass ein zu erwartendes Defizit von mehr

als 2 Milliarden Euro besondere und einschneidende Maßnahmen erfordert, die insbesondere die Ausgabenseite betreffen. Neue Steuern und Abgaben werden wir nicht einführen – mit CDU und FDP wird es keine zusätzliche Belastung der Bürger geben.

Wir begrüßen ausdrücklich die grundsätzliche Einigung in der Föderalismuskommission II über die Schuldenbremse und werden diese mittragen. Im Falle der Einigung auf ein Verschuldungsverbot, das im Grundgesetz verankert wird, werden wir dieses den hessischen Bürgerinnen und Bürgern in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorlegen – mit dem Ziel einer Änderung der hessischen Landesverfassung.

Mit dem Vorschlag für eine derartig einschneidende Maßnahme werden wir dem Ziel einer dauerhaft nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik, die sich nicht am Wünschbaren, sondern am Mach- und Verantwortbaren orientiert, gerecht. Jede Bürgerin und jeder Bürger in Hessen wird dann mit seiner Entscheidung darüber mitbestimmen, ob wir künftigen Generationen den landespolitischen Handlungsspielraum erhalten und sie damit in die Lage versetzen, nicht immer größere Schuldenberge abtragen zu müssen.

Im Zusammenhang mit der Verschuldungsfrage werden wir uns für eine Reform des Länderfinanzausgleichs einsetzen, die die besondere Belastung Hessens verringert. Wir können nicht zulassen, dass die hessischen Steuerzahler auf Dauer die Hauptzahler in den Länderfinanzausgleich sind.

Mit einem Maßnahmenbündel in der Haushalts- und Finanzpolitik werden wir zu einer strikten Ausgabenbegrenzung beitragen und zugleich für mehr Transparenz sorgen. Dazu zählt, dass wir im Rahmen unserer politischen Schwerpunktsetzungen zusätzliche Personalstellen in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit schaffen, zugleich aber die Zahl der Stellen im Landeshaushalt nicht erhöhen werden. Ohne die Begrenzung der Personalkostenquote nehmen wir künftigen Generationen jeglichen Spielraum für Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Langfristig müssen wir aus genau diesem Grund die Personalkostenquote des Landeshaushalts zurückfahren.

Das hessische Sonderinvestitionsprogramm für Schulen und Hochschulen sowie die Konjunkturpakete I und II sind der Einstieg in eine antizyklische Investitionspolitik des Landes. Deshalb werden wir die hohe Investitionsquote der kommenden beiden Jahre beim nächsten Aufschwung in angemessener Weise reduzieren.

Ohne eine strikte Begrenzung des Anstiegs der konsumtiven Ausgaben ohne Personalkosten, die weit unterhalb des langfristigen durchschnittlichen Einnahmewachstums liegt, werden wir das Ziel einer Nettoneuverschuldung von Null nicht erreichen können. Deshalb werden wir den Anstieg aller sonstigen konsumtiven Ausgaben auf 0,5 Prozent pro Jahr begrenzen.

Die hessischen Kommunen haben in den vergangenen Jahren insbesondere aufgrund der hohen Gewerbesteuererinnahmen ein deutliches Plus bei den Gesamtsteuereinnahmen erzielt. Immer mehr hessische Kommunen können ausgeglichene Haushalte vorweisen oder sogar Altschulden tilgen. Das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs liegt mit knapp 3,3 Milliarden Euro auf Rekordniveau.

Wenn man sich anschaut, wie die in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen – nach Länderfinanzausgleich und nach allen Verrechnungen – auf Land und Kommunen verteilt sind, dann kommt man zu einem Ergebnis, welches in keinem anderen Land so ungünstig für den Landeshaushalt ausfällt – und umgekehrt so günstig für die kommunalen Haushalte – wie in Hessen.

Etwas über 50 Prozent der in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen fallen dem Land zu. Fast ebenso groß ist die Quote, die die Kommunen als Einnahmen verbuchen können, nämlich knapp 50 Prozent. Die massive Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich ist eben auch eine Folge der überdurchschnittlichen Finanzkraft der hessischen Kommunen.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für eine Frage der Solidarität zwischen Kommunen und Land, dass sich die Kommunen an den Nettzahlungspflichten des Landes im Länderfinanzausgleich beteiligen.

Wir werden eine Haushaltsstrukturkommission unter Einbeziehung externer Experten einsetzen, die Vorschläge zur nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts erarbeiten soll. Dazu zählen unter anderem die Überprüfung aller vom Land Hessen derzeit wahrgenommener Aufgaben unter dem Gesichtspunkt

staatlicher Umsetzung, die Überprüfung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit aller Förderprogramme des Landes sowie die Weiterentwicklung eines entsprechenden Controlling.

Zum transparenten Umgang mit Steuergeldern gehört für uns auch, dass wir uns einem Ländervergleich bei den Landesausgaben stellen werden. Denn unser Ziel ist es, die jeweiligen Leistungen in vergleichbarer Qualität wie in anderen Ländern zu den günstigsten Kosten bereit zu stellen. Dazu werden wir durch externe Experten und den Landesrechnungshof eine vergleichende Bewertung der Landesausgaben anfertigen lassen.

All diese Maßnahmen zeigen, was ich mit einem Paradigmenwechsel in der Haushalts- und Finanzpolitik in der vor uns liegenden Legislaturperiode meine. Wir werden diese Aufgaben entschlossen angehen und umsetzen und unser Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik trotz der derzeit außergewöhnlich schwierigen Zeiten nicht aus dem Auge verlieren.

Vertrauen in eine Politik der Vernunft

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Wählerinnen und Wähler haben am 18. Januar CDU und FDP ihr Vertrauen ausgesprochen. Wir wissen um den Wert dieses Vertrauens.

Gerade in einer Zeit großer Unsicherheiten ist Vertrauen die stabilste aller Währungen. Was passiert, wenn nicht einmal mehr Banken einander vertrauen, haben wir in den vergangenen Monaten gesehen: Sie leihen sich gegenseitig kein Geld mehr. Am Ende leidet der gesamte Wirtschaftskreislauf an mangelnder Liquidität – bis schließlich nur noch der Staat helfen kann.

In Zeiten wie diesen braucht es vertrauensvolle Regierungsarbeit. Das heißt: Eine Regierung muss wissen, was sie will. Sie muss tun, was sie vorher gesagt hat, und halten, was sie ihren Bürgern verspricht. Unser Wort gilt!

Ebenso gilt: Eine Regierung darf nur versprechen, was sie auch wirklich halten kann. Wer mit großvisionären Plänen zur Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft oder Energieversorgung daherkommt, muss zuallererst erklären, wie er diese Pläne in der jetzigen Zeit zu finanzieren gedenkt. Andernfalls verspielt er seine Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in seine Politik. Oder er belastet künftige Generationen über jedes Maß hinaus.

Die Hessische Landesregierung aus CDU und FDP steht für Entschlossenheit und für das Machbare in der Politik. Wir haben eine klare Vorstellung von dem, was wir in den kommenden fünf Jahren in diesem Land verwirklichen wollen. Und wir haben durch das Krisenmanagement der vergangenen Monate bewiesen, dass wir auch auf unvorhersehbare Ereignisse in kurzer Zeit eine angemessene Antwort finden.

Vertrauen. Freiheit. Fortschritt. sind als zentrale Punkte unseres Programms schon anspruchsvoll – voller Anspruch an uns selbst und voller Anspruch an jeden einzelnen in der Gesellschaft.

Wir wollen unseren Weg mit dem Optimismus beginnen, dass gut ausgebildete Menschen in sozialer Partnerschaft mitten im „Europa der Bürger“ glücklich und erfolgreich leben können. Deshalb starten wir heute mit dieser Regierung in das nächste Jahrzehnt.

Ja, es ist ein Aufbruch in Zeiten der Krise. Wir werden die Krise bewältigen und weiter an einem starken Hessen bauen.